

DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024

143 Editorial von Marcel Fratzscher

Wirtschaftspolitik ist gerade mehr gefordert
denn je



145 Bericht von den DIW-Konjunkturforscher*innen

DIW-Konjunkturprognose: Weltwirtschaft
wächst robust – Deutschlands Erholung
verzögert sich weiter

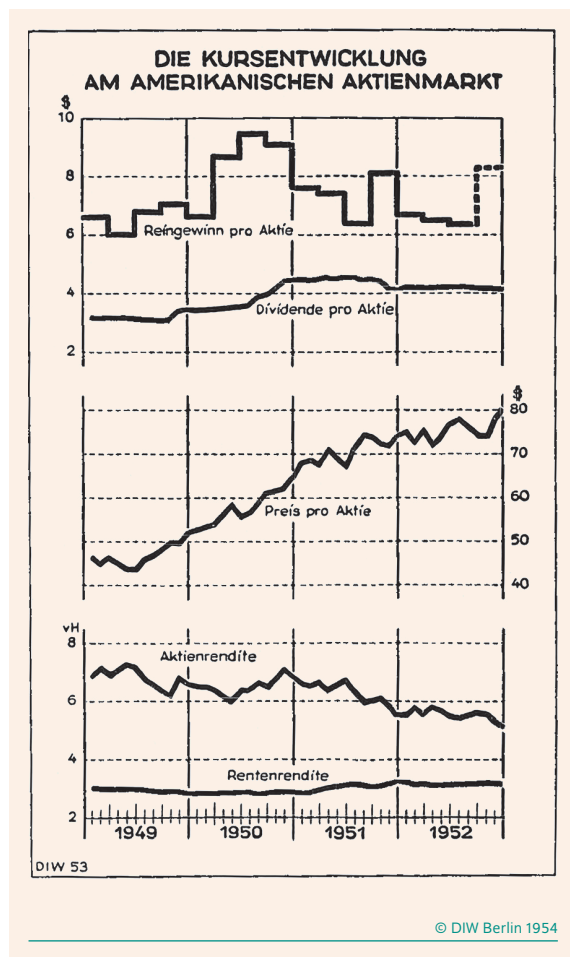
157 Interview mit Timm Bönke

158 Anhang

164 Kommentar von Marcel Fratzscher

Die EZB sollte die
Kehrtwende vollziehen

Die Kursentwicklung am amerikanischen Aktienmarkt



Die Aktienkurse in den Vereinigten Staaten von Amerika hatten Mitte 1949 einen Tiefpunkt erreicht und sind von da ab bis zur Gegenwart gestiegen. Der Aufschwung ist nur von geringfügigen, bei einer langanhaltenden Hausse unvermeidlichen Rückschlägen begleitet gewesen. Aufschlußreich für die Beurteilung dieser Entwicklung ist ein Vergleich der Aktienkurse mit der Bewegung der Reingewinne der Kapitalgesellschaften und der Dividenden sowie eine Gegenüberstellung von Aktien- und Rentenrenditen.

Die Aktienkursbildung wird in erster Linie durch den auf die Aktie entfallenden Reingewinn beeinflusst, der sich nach Abzug der Körperschaftssteuer und vor Verteilung der Dividenden ergibt. Da über die Höhe der Dividendenausschüttung erst entschieden wird, wenn die Reingewinne verdient und der Größenordnung nach bekannt sind, schlagen sich Änderungen der Reingewinne erst einige Zeit später in einer Änderung der Dividende pro Aktie nieder.

Aus dem Wochenbericht Nr. 10 vom 6. März 1954

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 7. März 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Wirtschaftspolitik ist gerade mehr gefordert denn je

Von Marcel Fratzscher

Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Deutschland erlebt zwar keine Wirtschaftskrise und ist auch nicht der „kranke Mann Europas“. Dennoch dürfte die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2024 erneut schrumpfen und für das Gesamtjahr lediglich eine „rote Null“ realisieren, also eine Stagnation mit negativem Vorzeichen. Die Erholung der nächsten zwei Jahre dürfte steinig sein. In einer solchen Situation ist die Wirtschaftspolitik mehr gefordert denn je.

Die Konjunkturprognosen der vergangenen 15 Monate mussten wiederholt nach unten revidiert werden, zum Teil recht deutlich. Die meisten Prognosen vor einem halben Jahr hatten für Deutschland noch Wachstumszahlen von mehr als einem Prozent für das laufende Jahr vorhergesagt. Nicht nur weltweit, sondern auch in Europa bleibt Deutschland gemessen am Wachstum eines der Schlusslichter. Ohne Deutschland dürfte die Eurozone in diesem Jahr ein Prozent wachsen, mit Deutschland sind es lediglich 0,5 Prozent.

Die größte Bremse für Deutschland werden wohl die schwachen Investitionen sein, die in diesem Jahr schrumpfen. Sowohl die Ausrüstungsinvestitionen als auch die Baubranche dürften durch hohe Vorleistungskosten und schwierige Finanzierungsbedingungen in diesem Jahr leiden. Der wichtigste Faktor für die wirtschaftliche Schwäche ist eine beachtlich negative Stimmung und das fehlende Vertrauen – sowohl bei Unternehmen als auch bei Konsument*innen. Dabei hilft die Feststellung wenig, dass die Stimmung deutlich schlechter ist als die Realität, zumal die Weltwirtschaft sich erholt. Vor allem die US-Wirtschaft erweist sich als sehr resilient, auch dank der expansiven Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die chinesische Wirtschaft dagegen schwächelt, auch wenn sie negative Schocks wie die Pleite des Immobilienriesen Evergrande und den anhaltenden Vertrauensverlust in den Immobilienmarkt bisher relativ gut wegstecken konnte.

Die deutschen Exportunternehmen profitieren vergleichsweise wenig von der globalen Erholung. Die Nettoexporte werden 2024 keinen positiven Beitrag zur Wirtschaftsleistung liefern und könnten die Wirtschaft 2025 sogar leicht bremsen. Viele Industrieunternehmen tun sich schwer, einerseits die hohen Energiekosten zu kompensieren und andererseits wichtige Transformationen zu beschleunigen. Allerdings ist die Ertragslage vieler Unternehmen robust und es gibt keine Anzeichen für eine Welle von Unternehmensinsolvenzen oder eine große Zahl von Arbeitsplatzverlusten.

Ein positiver Aspekt für die deutsche Wirtschaft dürfte der steigende private Konsum sein. Dank einer deutlich gefallen Inflation erfahren die meisten Beschäftigten gute Steigerungen der Kaufkraft ihrer Löhne, was – trotz einer noch immer hohen Sparquote – den Konsum ankurbeln wird.

Hinzu kommt eine weiterhin positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen. Es gibt immer noch einen erheblichen Arbeitskräftemangel mit 1,7 Millionen offenen Stellen. Zwar dürfte die Arbeitslosenquote 2024 leicht steigen, jedoch dürfte auch die Zahl der Beschäftigten durch stetige Migration weiter zunehmen.

Nach einem Schrumpfen im ersten Quartal 2024 erwarten wir in unserer Prognose eine graduelle Erholung der Wirtschaft mit ordentlichen Wachstumszahlen in den verbleibenden drei Quartalen dieses Jahres. 2025 dürfte sich der Aufholprozess mit einem BIP-Wachstum von 1,2 Prozent fortsetzen.

Die Unsicherheit der Prognose ist aber nach wie vor erheblich. Die zahlreichen geopolitischen Konflikte von der Ukraine bis zum Nahen Osten sowie der Konflikt zwischen China und Taiwan könnten die Wirtschaft jederzeit wieder über höhere Energie- und Rohstoffpreise empfindlich schwächen. Die wirtschaftlichen Probleme Chinas sind ein zweiter Risikofaktor, zumal das Land für viele der großen

deutschen Industriekonzerne ein wichtiger Absatzmarkt ist und bleibt. Ein drittes Risiko ist eine Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November. Trump hat Zölle von 60 Prozent auf chinesische Produkte und zehn Prozent auf alle anderen Importe angekündigt. Es ist wahrscheinlich, dass er erneut Deutschland als einen seiner Hauptgegner in den Handelskonflikten benennt. Als Ganzes sind die Risiken des wirtschaftlichen Ausblicks nach unten gerichtet.

All dies bedeutet, dass die deutsche Wirtschaft bis 2026 hinein kontinuierlich unter ihrem Potenzial produziert. Die Produktionslücke in diesem Jahr dürfte 1,5 Prozent und 2025 noch immer 0,7 Prozent betragen. Bemerkenswert ist vor allem das deutlich abgeschwächte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft, das mittlerweile bei weniger als 0,5 Prozent pro Jahr liegt und weiter sinkt. Dies ist einerseits der schwachen Produktivität geschuldet, aber auch dem Schrumpfen des Erwerbspotenzials durch die zunehmende Verrentung der Babyboomer. Deutschland dürfte im Prognosezeitraum seinen historischen Höhepunkt bei der Erwerbspersonenzahl erreichen.

Die Finanzpolitik hilft in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten kaum. Von zentraler Bedeutung dürften die Mehrausgaben für Verteidigung sein, die wohl in den kommenden zwei Jahren einen positiven Beitrag bei den Ausrüstungsinvestitionen leisten. Ansonsten liefert die Finanzpolitik eher negative Impulse. Zwar gab es punktuell Entlastungen

für manche Bürger*innen, auf der anderen Seite wurden zahlreiche Steuern und Abgaben erhöht. Und auch die sonstigen Investitionen des Staates leisten keinen merklich positiven Beitrag. In Zeiten großer Verunsicherung und einer erheblichen Investitionsschwäche muss der Staat mehr tun, nicht nur um einen konjunkturellen Impuls zu setzen, damit Unternehmen durch bessere Rahmenbedingungen wieder mehr strukturelle Investitionen tätigen können. Die Obsession mit der Schuldenbremse ist zu einer der größten Zukunftsbremsen geworden. Es ist höchste Zeit für eine moderne, zukunftsgerichtete Finanzpolitik in Deutschland. Und die deutsche Politik muss sich konstruktiver in Europa einbringen, von der Wettbewerbspolitik bis hin zur Industrie- und Energiepolitik.

Auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt 2024 eine erhebliche Bremse für die deutsche Konjunktur. Die Geldpolitik ist stark restriktiv und wird dies trotz drei prognostizierter Zinssenkungen 2024 wohl mindestens bis Ende 2025 bleiben. Die EZB läuft Gefahr, den Bogen zu überspannen, die Rechtfertigung für eine so restriktive Geldpolitik ist nicht mehr gegeben. Die Inflation ist bereits deutlich gesunken und dürfte in diesem Jahr wieder auf das Niveau der Preisstabilität sinken. Da Geldpolitik mit großen Verzögerungen wirkt, sollte die EZB jetzt handeln und die Zinsen senken, um die deutsche und die europäische Wirtschaft nicht noch empfindlicher zu schwächen.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

DIW-Konjunkturprognose: Weltwirtschaft wächst robust – Deutschlands Erholung verzögert sich weiter

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft erholt sich nur schleppend: BIP-Wachstum wird wohl für das Jahr 2024 bei null liegen
- Mit weiter nachlassender Inflation werden Reallöhne und wohl auch privater Konsum zulegen
- Unsicherheit über wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen lässt Unternehmen zunächst noch zurückhaltend agieren
- Kommendes Jahr dürfte Wirtschaftsleistung – getragen von privatem Konsum und Ausrüstungsinvestitionen – um solide 1,2 Prozent wachsen
- Weltwirtschaft wird in diesem und im kommenden Jahr wohl um jeweils 3,5 Prozent wachsen – globale Industrieschwäche dürfte überwunden werden

Der Konsum kommt dieses Jahr wieder langsam in Fahrt, die Investitionen erst im nächsten

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Mit weiter nachlassender Inflation wird der private Konsum ab dem zweiten Quartal wieder zum Haupttreiber des konjunkturellen Aufschwungs. Die Reallöhne steigen nachhaltig und dürften die Kaufkraftverluste der vergangenen Jahre ausgleichen.“

— Timm Bönke —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Timm Bönke
www.diw.de/mediathek

DIW-Konjunkturprognose: Weltwirtschaft wächst robust – Deutschlands Erholung verzögert sich weiter

Von Timm Bönke, Guido Baldi, Hella Engerer, Pia Hüttl, Konstantin Kholodilin, Frederik Kurcz, Violetta Kuzmova-Anand, Theresa Neef, Laura Pagenhardt, Werner Roeger, Marie Rulliére, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Ruben Staffa und Kristin Trautmann

ABSTRACT

Die noch erhöhte Inflation sowie die schwache Binnen- und Auslandsnachfrage, die die deutsche Wirtschaftsleistung schon im vergangenen Jahr belastet haben, werden wohl auch das laufende erste Quartal im Minus enden lassen. Die in Deutschland und im gesamten Euroraum deutlich sinkende Inflation, die sich wieder dem Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank annähert, lässt eine Zinswende im Frühsommer erwarten. Die abflauende Preisdynamik und die sich verbessernden Finanzierungsbedingungen dürften sowohl den privaten Konsum als auch die Unternehmensinvestitionen im Jahresverlauf etwas ankurbeln. Dennoch bleibt zunächst viel Unsicherheit, insbesondere über die weiteren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, was die Haushalte und Unternehmen noch zurückhaltend agieren lässt. Zusätzlich fehlen sowohl fiskalpolitische Impulse als auch die stützende Nachfrage aus dem Ausland. Daher wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr wohl stagnieren und – getragen durch privaten Konsum und öffentliche Ausrüstungsinvestitionen – im kommenden Jahr mit 1,2 Prozent deutlicher zulegen. Die Weltwirtschaft wird sich weiterhin robuster als Deutschland entwickeln. Sie wächst voraussichtlich in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 3,5 Prozent, was nach und nach auch die deutschen Exporte stärken dürfte.

Weltwirtschaft: Industrie kämpft sich aus dem Tal, geopolitische Risiken sind hoch

Die Weltwirtschaft hat im Jahr 2023 um 3,9 Prozent zugelegt (Abbildung 1). Dieses Wachstum ist im historischen Vergleich zwar verhalten, aber angesichts der Belastungen dennoch robust. Vielerorts wurde die konjunkturelle Entwicklung durch hohe Energiepreise, stark gestiegene Zinsen, Kaufkraftverluste infolge der erhöhten Inflation sowie geopolitische Krisen und Unsicherheiten belastet. In den meisten Ländern schwächelte dadurch in erster Linie die Industrie, während sich die Dienstleistungen vielerorts etwas besser behaupten konnten.

Einen Schub gab es aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, vor allem den Vereinigten Staaten. Die US-Wirtschaft expandierte 2023 insgesamt überraschend stark, um 2,5 Prozent (Tabelle 1). Die umfangreichen fiskalpolitischen Impulse der Jahre 2020 bis 2022 stützten weiterhin den privaten Konsum und die Unternehmensinvestitionen. Unter den Schwellenländern trug China maßgeblich zum Wachstum bei. Die Wirtschaft legte dort 2023 um 5,2 Prozent zu – gegenüber den Vorpandemiejahren hat sich das Wachstum jedoch deutlich abgeschwächt: Die Erholung nach der Null-Covid-Politik wurde insbesondere von den anhaltenden Problemen im Immobiliensektor überschattet. Mexiko erzielte 2023 ein Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent, auch wenn die Exporte in die Vereinigten Staaten sich zuletzt nicht mehr so dynamisch entwickelten. Brasiliens Wirtschaft wuchs um 3,1 Prozent, auch dank starker Ernten und Ausfuhren im ersten Halbjahr. Die indische Wirtschaft expandierte aufgrund einer soliden Binnennachfrage 2023 um kräftige 6,9 Prozent.

Die europäische Wirtschaft hingegen trat auf der Stelle, gebremst von der Energiepreiskrise und der restriktiven Geldpolitik. Der Euroraum trug mit 0,5 Prozent nur wenig zum Wachstum der Weltwirtschaft 2023 bei. Das Vereinigte Königreich rutschte im zweiten Halbjahr in eine technische Rezession, erlebte also zwei aufeinanderfolgende Quartale, in denen die Wirtschaftsleistung sank (um 0,1 und

0,3 Prozent). Das britische Wachstum war unter anderem von den Nachwirkungen der *Cost-of-Living Crisis*¹ der Haushalte stark belastet. Japan expandierte 2023 um 1,9 Prozent, rutschte im zweiten Halbjahr aber ebenfalls in eine technische Rezession. Die hohe Inflation lastete dort besonders stark auf der Binnennachfrage. Einzig der Außenbeitrag war positiv, weil die Exporte dank des schwachen Yens stärker wuchsen als die Importe.

Im Auftaktquartal des Jahres 2024 wird die Weltwirtschaft wohl relativ robust zulegen. Die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe verzeichneten zuletzt in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften einen Aufwärtstrend, auch wenn die großen Mitgliedsländer des Euroraums und das Vereinigte Königreich noch unterhalb der Expansionsschwelle verbleiben. In den Schwellenländern liegt der Einkaufsmanagerindex für China (Caixin) seit November über der Expansionsschwelle, in Brasilien seit Dezember. Die globale Industrieschwäche dürfte nach und nach überwunden werden. Allerdings entwickelt sich insbesondere in Japan und Deutschland das Verarbeitende Gewerbe weiterhin schwach. Während dies in Japan auf die wechselkursbedingt hohen Kosten für Importe und die schwache Binnennachfrage zurückzuführen ist, belasten in Deutschland die hohen Energiepreise und eine sehr schwache Auslandsnachfrage die Entwicklung.

In den Vereinigten Staaten dürfte sich das Wachstum mit 0,5 Prozent (annualisiert 1,9 Prozent) im ersten Quartal 2024 etwas verlangsamen. Südkoreas Wirtschaft expandiert mit ähnlichen Raten, insbesondere getrieben von starken Halbleiterexporten. Der Euroraum sowie das Vereinigte Königreich dürften sich allmählich erholen und jeweils ein Quartalswachstum von 0,1 Prozent verzeichnen. Japans Wirtschaft wird aufgrund der weiterhin hohen Inflation voraussichtlich um 0,4 Prozent zulegen.

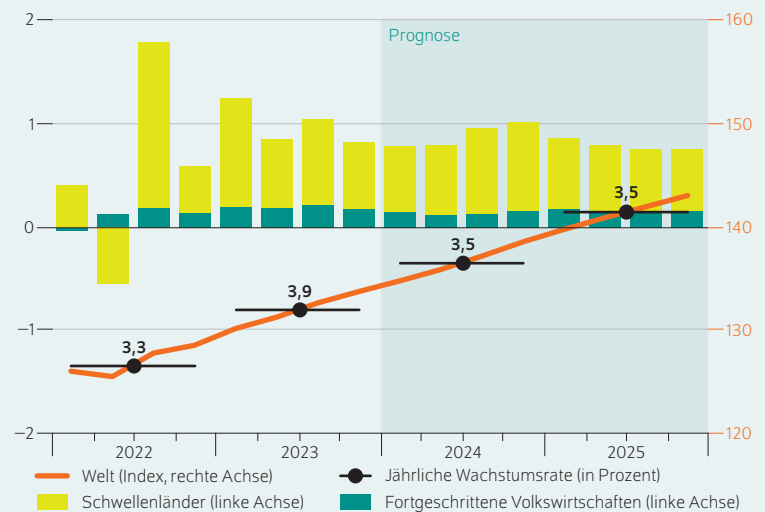
In den meisten Schwellenländern ist im ersten Quartal 2024 hingegen mit einer kräftigen Expansion zu rechnen. In China haben die Verbraucher*innen rund um die Neujahrsfeiertage zum Jahr des Drachen deutlich mehr Geld ausgegeben; auch der Reiseverkehr und die Tourismusbranche expandierten so stark wie zuletzt vor der Pandemie. Die chinesische Wirtschaft wird wohl ein Quartalswachstum von 1,0 Prozent verzeichnen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union wird die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2024 bei weiter sinkenden Inflationsraten und stärkerem Konsum wohl um 0,7 Prozent und damit wieder etwas stärker als zuletzt zunehmen.

Der Welthandel dürfte 2024 nur moderat zulegen. Die Lieferengpässe, die in den vergangenen Jahren auftraten, haben sich zwar zurückgebildet, jedoch sind weiter steigende Transportkosten aufgrund der Konflikte im Roten Meer und der

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse);
Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Die erwarteten Zinswenden dürften sich ab dem zweiten Halbjahr 2024 positiv in der weltwirtschaftlichen Entwicklung niederschlagen.

Dürre im Panamakanal nicht auszuschließen. Bereits im vergangenen Jahr ist der Welthandel um 1,9 Prozent gefallen.

Die Geldpolitik blieb zum Jahresauftakt zwar in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – mit Ausnahme Japans – restriktiv. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Teuerungsraten im Euroraum ist aber damit zu rechnen, dass die Europäische Zentralbank im Frühsommer die erste Leitzinssenkung vornimmt (Kasten 1). Zuletzt hat sich auch die Kreditvergabe an die Haushalte stabilisiert.² In den Vereinigten Staaten ist die Inflation im Januar nicht weiter gesunken, vor allem aufgrund der Wohnkosten. Mit einer ersten Zinssenkung schon im März, wie sie von den Finanzmärkten lange Zeit erwartet wurde, ist somit nicht mehr zu rechnen. In vielen Schwellenländern wurde die Geldpolitik bereits gelockert: Die chinesische Zentralbank senkte Mitte Februar den fünfjährigen Leitzins für Hypotheken, eine weitere stützende Maßnahme für den angeschlagenen Immobiliensektor des Landes. Die schwache Binnennachfrage zeigt sich in China auch in den deflationären Tendenzen; die Preise sind dort im Januar um weitere 0,8 Prozent gesunken.

Von der Finanzpolitik kommen im Prognosezeitraum wohl nur wenige Impulse. Unter anderem angesichts der höheren Zinsen halten sich viele Regierungen mit zusätzlichen Ausgaben zurück, auch um fiskalpolitische Defizit- und Schuldenregeln einzuhalten. In den Vereinigten Staaten bleibt

¹ Vgl. Arnab Bhattacharjee und Adrian Pabst (2024): Improving UK Living Standards. National Institute of Economic and Social Research (online verfügbar; abgerufen am 28. Februar 2024). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

² Vgl. Deutsche Bundesbank (2024): Geldpolitik und Geldmarktentwicklung. Monatsbericht Februar (online verfügbar).

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Europa												
Europäische Union	3,5	0,5	0,9	1,9	9,2	6,4	3,0	2,4	6,1	6,0	6,2	6,0
Euroraum	3,4	0,5	0,5	1,5	8,4	5,4	2,6	2,0	6,7	6,5	6,5	6,4
ohne Deutschland	3,9	1,1	1,0	1,5	8,0	5,0	2,6	2,1	8,5	8,2	8,2	8,1
Frankreich	2,5	0,9	0,8	1,4	5,9	5,7	2,5	1,9	7,3	7,3	7,4	7,3
Italien	3,9	0,7	0,6	1,0	8,7	5,9	2,3	2,2	8,1	7,6	7,7	7,7
Spanien	5,8	2,5	1,8	2,1	8,3	3,4	3,2	2,1	12,9	12,1	11,5	11,1
Niederlande	4,4	0,1	0,9	1,9	11,6	4,1	2,7	2,1	3,5	3,6	3,9	3,8
Vereinigtes Königreich	4,3	0,1	0,2	1,5	9,1	7,3	2,5	2,0	3,9	4,0	4,3	4,7
Schweiz	2,7	0,8	1,0	1,9	2,8	2,1	1,6	1,5	4,3	4,1	4,4	4,3
Mittel- und Südosteuropa (MOE)	4,7	0,3	2,4	3,3	13,4	11,6	4,3	3,6	3,5	3,6	3,4	3,1
Türkei	5,3	4,0	2,7	3,2	72,3	54,0	50,9	36,0	10,5	9,5	9,5	10,0
Russland ¹	-1,3	3,0	3,4	1,4	13,8	5,9	6,5	5,0	3,9	3,2	2,8	2,7
Amerika												
USA	1,9	2,5	2,2	1,5	8,0	4,1	2,6	1,9	3,6	3,6	3,9	4,0
Mexiko	3,9	3,2	1,8	2,2	7,9	5,5	3,7	3,1	3,3	2,9	3,2	3,3
Brasilien	3,1	3,1	1,6	2,1	9,3	4,6	3,4	2,9	9,5	8,3	10,6	14,8
Asien												
Japan	0,9	1,9	1,0	1,1	2,5	3,3	2,5	1,3	2,6	2,6	2,4	2,4
Südkorea	2,6	1,3	2,2	2,3	5,1	3,6	2,4	1,9	2,9	2,7	3,1	3,1
China	3,0	5,2	4,7	4,5	2,0	0,2	1,0	1,8	5,6	5,2	5,0	5,0
Indien	6,6	6,9	6,3	6,3	6,7	5,8	5,1	3,9	7,6	7,6	7,2	7,4
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,5	1,7	1,5	1,5	7,7	4,6	2,6	2,0	4,4	4,3	4,5	4,5
Schwellenländer	3,8	5,3	4,7	4,6	8,4	6,8	7,9	7,5	6,3	6,0	5,9	6,3
Welt	3,3	3,9	3,5	3,5	7,9	5,5	5,1	4,7	5,9	5,6	5,6	5,9
Nachrichtlich:												
Exportgewichtet ²	2,9	2,9	2,6	2,6								
BIP in US-Dollar gewichtet ³	3,2	3,0	3,0	3,0								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose. Die Daten für 2023 sind vorläufig.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr über das Jahr 2023.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar über die Jahre 2022 bis 2025.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus dem World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Jahre 2022 bis 2025 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2022 verwendet. MOE besteht aus: Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

das Defizit des Bundeshaushalts aber hoch und wird 2024 und 2025 deutlich über fünf Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Im Vereinigten Königreich ist jedoch aufgrund der anstehenden britischen Unterhauswahlen mit weiteren Wahlgeschenken zu rechnen, wohl vor allem in Form weiterer Steuererleichterungen für Unternehmen. Mittelfristig ausgerichtete Investitionspakete dürften die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin stützen.

Im Jahr 2024 ist für die Weltwirtschaft insgesamt mit einer Wachstumsrate von 3,5 Prozent zu rechnen. Dabei legen die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl um 1,5 Prozent zu. Die anstehenden Zinswenden dürften sich vor allem ab der zweiten Jahreshälfte positiv auf die Investitionstätigkeit auswirken. Im Euroraum werden weiter steigende

Reallohnzuwächse dem privaten Konsum stärkeren Auftrieb verleihen. In den Vereinigten Staaten dürften die Ersparnisse der privaten Haushalte aus den Corona-Hilfsmaßnahmen weiter abschmelzen und bis Mitte des laufenden Jahres aufgebraucht sein. Steigende Reallöhne werden den Konsum voraussichtlich aber auch dort nach Auslaufen der fiskalischen Impulse im zweiten Halbjahr 2024 stützen. In den Schwellenländern wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr wohl um 4,7 Prozent steigen. Chinas andauernde Probleme im Immobiliensektor, die schwache Binnennachfrage und die deflationären Tendenzen sowie die anhaltenden handelspolitischen Spannungen mit den USA dürften das Wachstum auf unter fünf Prozent beschränken. Russland stellt seine Wirtschaft weiter auf Kriegswirtschaft um,

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen die folgenden Annahmen über den weiteren Verlauf von Leitzinsen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen zugrunde (Tabelle). Sie wurden auf Basis der bisherigen Entwicklung, der Preise an den Terminmärkten sowie der Schlusstände zum Stichtag dieser Prognose am 20. Februar 2024 getroffen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält seit Oktober 2023 den Hauptrefinanzierungssatz konstant bei 4,5 Prozent. Im Jahresverlauf 2023 hat die Inflation stark an Dynamik verloren. Es ist damit zu rechnen, dass die EZB als Reaktion darauf im Frühsommer 2024 die Zinswende einleiten wird.

Im Einklang mit den Leitzinsen wird mit keinem weiteren Anstieg der Geldmarktzinsen gerechnet. Ab kommenden Quartal und im weiteren Prognosezeitraum dürften sie leicht sinken. Die Finanzierungsbedingungen sind im Zuge der strafferen Geldpolitik restriktiver geworden. Die Renditen für Staatsanleihen sind infolge der Leitzinserhöhungen der EZB im vergangenen Jahr stark gestiegen. Es wird angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitgehend unverändert bleiben. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar zuletzt aufgewertet. Für den Prognosezeitraum wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar auf dem zum Datenschluss erreichten Niveau von 1,08 Dollar pro Euro verbleibt.

Der Preis für Brent-Rohöl wird laut Futures im zweiten Quartal 2024 leicht steigen, bevor er ab dem zweiten Halbjahr und bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder sinken wird. In diesem Jahr wird der Preis annahmegemäß im Durchschnitt bei 80 US-Dollar pro Barrel liegen, bevor er auf einen Durchschnittspreis von 76 US-Dollar im Jahr 2025 sinkt. Die Großhandelspreise für Gas (TTF) haben ihre Höchststände vom Sommer 2022 ebenfalls überwunden und verbleiben auf einem niedrigeren Niveau. Der durchschnittliche Gaspreis wird 2024 annahmegemäß bei 27 Euro je Megawattstunde liegen. Für 2025 wird mit einem Preis von 29 Euro je Megawattstunde gerechnet. Somit werden für diese Prognose niedrigere Gaspreise als für die Winterprognose ange-

nommen. Ein Aufwärtsrisiko geht allerdings von dem LNG-Moratorium der USA aus: Sollten die USA sich entscheiden, weniger Flüssiggas zu exportieren, könnte dies eine Auswirkung auf die weltweiten Gaspreise haben. Auch die Ölpreise unterliegen stärkeren Risiken. So könnte als absolutes Negativszenario der Krieg zwischen Israel und der Hamas zu einem größeren Kreis an Konfliktparteien führen, was einen erheblichen Anstieg der Ölpreise nach sich ziehen würde. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine birgt weiterhin erhöhte politische und wirtschaftliche Risiken, wobei dieser Prognose die Annahme zugrunde liegt, dass der Krieg im Prognosezeitraum andauern wird und die westlichen Sanktionen gegen Russland bestehen bleiben. Außerdem wird davon ausgegangen, dass im Prognosezeitraum bis Ende 2025 nicht mehr Menschen nach Deutschland fliehen werden als in den Vorjahren.

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2022	2023	2024	2025
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	2,5	4,5	3,75	2,75
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,3	3,4	3,4	2,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,0	3,3	2,9	2,9
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	1,8	2,5	2,1	2,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,05	1,09	1,08	1,08
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	98,6	82,1	80,3	76,1
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	133,9	42,2	26,9	28,7

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte, sofern nicht anders angegeben.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

rüstungsnahe Wirtschaftszweige expandieren stark – insgesamt dürfte die russische Wirtschaftsleistung dadurch zunehmen.³

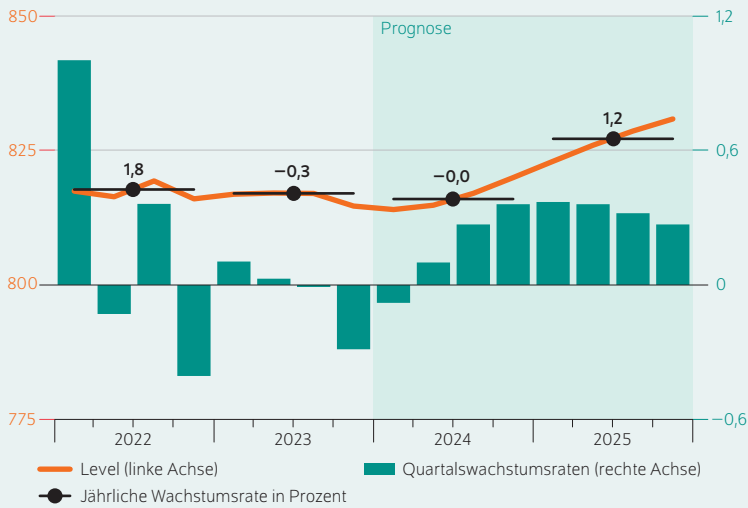
Im Jahr 2025 wird die Weltwirtschaft voraussichtlich um weitere 3,5 Prozent zulegen, wenn die Wirtschaftsentwicklung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften angesichts normalisierter Inflationsraten und weiter sinkender Zinsen zu ihrem langfristigen Wachstumspfad zurückkehren wird. Die Schwellenländer dürften dann endlich von einer stärkeren Weltnachfrage profitieren.

³ Vgl. The Bank of Finland Institute for Emerging Economies (2024): Russia's GDP growth last year higher than expected; lower growth ahead. BOFIT Weekly Review Nr. 7 (online verfügbar).

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Milliarden Euro (linke Achse) beziehungsweise in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2024, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Nach einer Stagnation im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft im kommenden Jahr wieder deutlich anziehen.

Deutsche Wirtschaft findet nur langsam aus Konjunkturtief

Eine schwache Nachfrage aus dem In- und Ausland hat im vergangenen Jahr die deutsche Wirtschaft ausgebremst und lastet weiterhin auf ihr. Nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 drei Quartale stagnierte, ging sie im Schlussquartal um 0,3 Prozent zum Vorquartal zurück. Das gleiche Minus schlug auch im Gesamtjahr zu Buche. Während die Nachfrage aus dem Ausland wegen der schwächelnden globalen Industrieproduktion nachließ, dämpften die wiederholten Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie die hohen Inflationsraten auch die Binnen-nachfrage. Obwohl die Verbraucherpreise seit Anfang 2023 insbesondere wegen rückläufiger Energiepreise fast durchgehend weniger zulegten, lag die Inflationsrate im Jahres-durchschnitt noch bei 5,9 Prozent.

Immerhin ließen hohe Lohnabschlüsse im Jahresverlauf die Reallöhne leicht steigen. Diese konnten die vorange-gangenen Kaufkraftverluste der Verbraucher*innen jedoch nicht ausgleichen. Die Einkommens- und die Preisentwick-lung führten zu anhaltender Verunsicherung, was die Kauf-laune trübte und den privaten Konsum im Gesamtjahr 2023 deutlich sinken ließ. Die steigenden Nominalzinsen setzten zudem Sparanreize, wodurch die sich ohnehin hohe Spar-quote noch erhöhte.

Wegen der Zinsanhebungen stiegen auch die Finanzierungs-kosten für private Haushalte und Unternehmen und dämpf-ten das Investitionsgeschehen. Vor allem die Bauinvestiti-onen gingen deutlich zurück, insbesondere durch einen schwachen privaten Wohnungsbau. Gleichzeitig konnten die Ausrüstungsinvestitionen wohl noch von dem hohen Auftragsbestand infolge der Erholung nach der Corona-Pandemie profitieren und legten insgesamt zu. Dagegen lastete die schwache Auslandsnachfrage auf den Exporten. Da die Importe jedoch aufgrund hoher Energiepreise und der geringen Nachfrage der heimischen Industrie nach Vor-leistungsgütern aus dem Ausland noch stärker einbrachen, entwickelte sich der Außenbeitrag positiv.

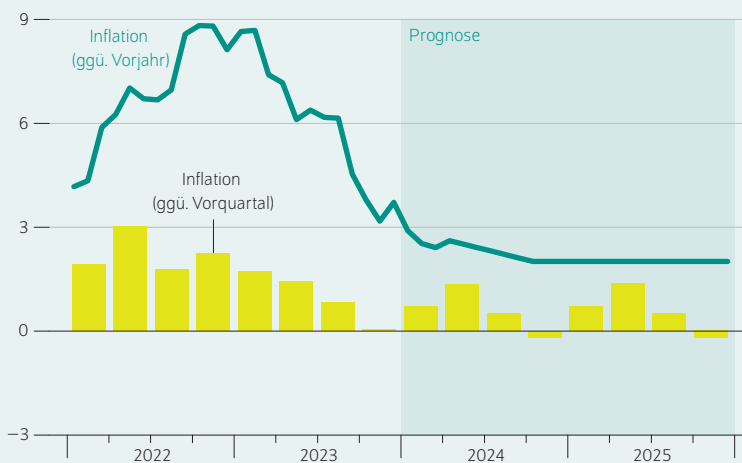
Trotz der konjunkturellen Schwächephase erreichte die Beschäftigung mit jahresdurchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen einen Höchststand. Der Beschäftigungsauf-bau wurde vor allem durch Migration ermöglicht. Positiv wirkte sich auch aus, dass Bund, Länder und Kommunen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und öffentliche Ver-waltung viele zusätzliche Stellen schufen. Zugleich nahm die Zahl der Arbeitslosen zu und die Arbeitslosenquote stieg von 5,3 Prozent im Jahr 2022 auf 5,7 Prozent im Jahr 2023.

Die Bruttowertschöpfung war in der zweiten Jahreshälfte vor allem im Verarbeitenden Gewerbe rückläufig. Insbesondere die energieintensiven Branchen litten unter den dauerhaft erhöhten Energiepreisen.

Abbildung 3

Verbraucherpreisinflation in Deutschland

In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Die Inflationsrate dürfte zum Jahresende 2024 das Zwei-Prozent-Ziel erreichen.

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-0,6	0,2	-0,0	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Konsumausgaben	-1,4	-0,2	1,1	0,3	-0,2	0,0	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	-0,0	0,1	-1,9	-0,5	-0,2	0,2	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9
Bauten	1,5	-0,5	-0,8	-1,7	-0,8	-0,4	-0,0	0,2	0,4	0,6	0,6	0,7
Ausrüstungen	1,9	0,8	1,4	-3,5	-0,4	0,2	0,6	1,0	1,1	1,3	1,4	1,4
Sonstige Investitionen	-1,6	-0,0	0,3	0,7	0,1	0,1	0,2	0,2	0,5	0,5	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,5	0,5	-0,6	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,9	0,6	-0,4	-0,3	-0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
Außenbeitrag	1,0	-0,5	0,3	0,0	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1
Export	-0,2	-0,9	-0,7	-1,6	-1,1	-0,1	0,3	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6
Import	-2,2	0,1	-1,5	-1,7	-1,3	-0,1	0,4	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	-0,0	-0,3	-0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,3	-0,0	-0,0	-0,4	-0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	0,1	0,3	-0,9	-1,4	-0,6	-0,3	0,2	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4
Baugewerbe	5,0	-0,4	-0,1	-2,6	-0,6	-0,2	0,1	0,2	0,3	0,5	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,7	0,1	0,9	-0,9	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,6	-0,0	0,2	-0,2	-0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	1,0	-0,6	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2024, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Tabelle 3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge ¹		
	2023	2024	2025
Konsumausgaben	-0,7	0,6	0,8
Private Haushalte	-0,4	0,4	0,5
Staat	-0,3	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	-0,4	0,5
Bauten	-0,3	-0,3	0,2
Ausrüstungen	0,2	-0,1	0,3
Sonstige Anlagen	-0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderungen	-0,0	-0,2	-0,0
Inländische Verwendung	-0,9	-0,0	1,3
Außenbeitrag	0,6	-0,0	-0,1
Exporte	-1,1	-1,3	1,0
Importe	1,6	1,3	-1,1
Bruttoinlandsprodukt ²	-0,3	-0,0	1,2

1 Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Schwacher Jahresauftakt 2024

Im laufenden Quartal bleiben die Belastungsfaktoren für die deutsche Wirtschaft unverändert bestehen, so dass die Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent zurückgehen dürfte (Abbildung 2). Damit wird die deutsche Wirtschaft wohl das dritte Quartal in Folge einen Rückgang verzeichnen (Tabelle 2).⁴

Zwar steigen die Nominallöhne und verfügbaren Einkommen wohl weiter kräftig, während die Inflationsraten mehr und mehr zurückgehen dürften (Abbildung 3), so dass die Kaufkraft zunimmt. Dennoch bleibt die Konsumstimmung der privaten Haushalte gedämpft und von Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung geprägt.⁵ Dies zeigt sich unter anderem im GfK-Konsumklimaindex, der am aktuellen Rand im negativen Bereich stagniert. Auch die Einzelhandelsumsätze gingen im Januar erneut zurück. So dürfte der private Konsum nur gering wachsen und den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im ersten Quartal nicht verhindern.

Von den Investitionen sind im laufenden Quartal hingegen leicht negative Impulse zu erwarten. Zwar ist der

⁴ Bereits im dritten Quartal des vergangenen Jahres ging die Wirtschaftsleistung zurück, wenn auch nur marginal um 0,01 Prozent. Somit befand sich die deutsche Wirtschaft bereits im vierten Quartal 2023 in einer technischen Rezession.

⁵ Der „Economic Policy Uncertainty“-Index für Deutschland ist seit Mai vergangenen Jahres merklich gestiegen und liegt seitdem deutlich über den gesamteuropäischen Indexwerten.

Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem ersten Quartal 2024, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,3	-0,0	1,2
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 933	46 067	46 109
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 609	2 721	2 565
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	5,7	5,9	5,5
Verbraucherpreise ⁴	5,9	2,3	2,0
Lohnstückkosten ⁵	6,7	5,2	2,0
Verdienst ² je Arbeitnehmer*in	6,1	4,5	3,2
Tariflohn (Monat)	3,6	4,3	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Milliarden Euro	-87,4	-51,4	-29,7
in Prozent des nominalen BIP	-2,1	-1,2	-0,7
Leistungsbilanzsaldo			
in Milliarden Euro	248,4	302,9	306,4
in Prozent des nominalen BIP	6,0	7,1	7,0

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

2 Inlandskonzept.

3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2024.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Auftragsbestand bei den Herstellern von Investitionsgütern noch hoch, die Neuaufrträge tendieren aber abwärts. Lediglich einige Großaufträge unterbrechen diesen Trend. Auch der ifo-Geschäftsklima-Index deutet nicht auf eine kurzfristige Verbesserung der Lage hin. So dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Quartal sinken. Bei den Bauinvestitionen dürfte bei gleichbleibend hohen Zinsen im laufenden Quartal insbesondere der Wohnungsbau weiterhin schwächeln. Angesichts der historisch niedrigen Auftragseingänge und Baugenehmigungen sowie der Stagnation des

Neukreditvolumens ist hier ein erneuter merklicher Rückgang zu erwarten. Lediglich der Nichtwohnungsbau (insbesondere der Tiefbau) dürfte stützend wirken und den erneuten Rückgang der Bauinvestitionen etwas abfedern.

Auch vom Außenhandel gehen zum Jahresauftakt keine Wachstumsimpulse aus; sowohl Importe als auch Exporte dürften im ersten Quartal zurückgehen und in Summe nicht zur Wirtschaftsleistung beitragen. Zwar ist ein Großteil der Einkaufsmanagerindizes im europäischen Ausland wieder aufwärtsgerichtet, die Werte befinden sich aber vielerorts noch im negativen Bereich. Eine Erholung der Industrieproduktion im Ausland, von der die deutschen Exporte profitieren könnten, dürfte demnach im laufenden Quartal ausbleiben, so dass die Güterexporte wohl weiter rückläufig sein werden. Die Frühindikatorik für das deutsche Verarbeitende Gewerbe wie die Kapazitätsauslastung und der deutsche Einkaufsmanagerindex deuten außerdem darauf hin, dass auch die Importe von Vorleistungsgütern erneut zurückgehen dürften (Abbildung 4).

Konsum nimmt Fahrt auf – Investitionen stützen

Ab dem zweiten Quartal dürften sich die binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Belastungsfaktoren allmählich abschwächen. Nachdem der Rückgang der Inflationsraten im vergangenen Jahr in erster Linie den sinkenden Energiepreisen geschuldet war, wird sich wohl in diesem Jahr auch der nachlassende Preisdruck bei Nahrungsmitteln und nichtenergetischen Gütern stärker auf die Inflation auswirken (Kasten 2). Insgesamt dürfte die Inflation in Deutschland und im Euroraum binnen Jahresfrist die von der EZB angestrebte Zwei-Prozent-Marke erreichen. Daher wird die Notenbank annahmegemäß zum Ende des zweiten Quartals die Zinswende einläuten (Kasten 1). Die sinkenden Zinsen dürften die Finanzierungskosten der Unternehmen und privaten Haushalte im Prognoseverlauf nach und nach senken und Sparen unattraktiver machen. Gleichzeitig wird sich die globale Industrieschwäche voraussichtlich langsam auflösen und die Auslandsnachfrage anstoßen.

Tabelle 5

Mittelfrist: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Arbeitnehmer*innen (Inland)	Jährliche Arbeitszeit je erwerbstätiger Person	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte				
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Tausend	in Tausend	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2015	43 122	38 717	1 401	3 026	70 177	50	3 026	100
2023	45 933	42 054	1 342	3 265	71 079	53	4 121	126
2028	45 602	42 119	1 346	3 363	73 755	55	4 686	139
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2023/2015	0,8	1,0	-0,5	1,0	0,2	0,7	3,9	3,0
2028/2023	-0,1	0,0	0,1	0,6	0,7	0,7	2,6	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

© DIW Berlin 2024

Kasten 2

Ein Blick auf die zugrundeliegenden Preistreiber der Inflation

Die Gesamtinflationsrate fasst die Entwicklung unterschiedlicher Preiskomponenten zusammen. Durch die Aggregation zeichnet sie allerdings ein unvollständiges Bild der zugrundeliegenden Preisdynamik.¹ Um die Treiber einzelner Preiskomponenten und deren Beitrag zur Inflation besser identifizieren zu können, wird eine disaggregierte Schätzung der Inflationsentwicklung gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) durchgeführt. Die Inflationsprognose nach Komponenten ermöglicht es, in der Prognose unterstellte Entwicklungen zum Beispiel am Arbeitsmarkt, bei den Einfuhrpreisen oder den langfristigen Inflationserwartungen effizient einzubinden. Dadurch verbessert sich die Konsistenz der unterstellten Preisentwicklung mit der Gesamtprognose, und die sich bei der Prognose ergebenden Preisrisiken werden transparent dargestellt.

Die Preisentwicklung der einzelnen Komponenten wird mit Hilfe vektorautoregressiver Modelle in Veränderungsraten zum Vorjahr auf Quartalsbasis geschätzt. Die Modelle zur Schätzung der Nahrungsmittel- und Energiepreise nutzen Energiepreisverläufe für Gas und Öl, die der gesamten Prognose zugrunde liegen (Kasten 1). Für die Nahrungsmittelpreise werden darüber hinaus Weizenpreise, entsprechende Future-Preise und Effektivlöhne verwendet. Die Schätzung der Komponenten nichtenergetischer Güter und Dienstleistungen basiert auf der in der Prognose angenommenen Entwicklung der wirtschaftlichen Auslastung, Effektivlöhne, langfristigen Inflationserwartungen und Einfuhrpreise.²

Auf Basis der prognostizierten Verläufe der Komponentenindizes werden anschließend die Gesamtinflationsrate und ihre Wachstumsbeiträge hergeleitet (Abbildung).

Die prognostizierte Gesamtinflationsrate des HVPI beträgt 2,1 Prozent für das Jahr 2024 und 2,0 Prozent für das Jahr 2025. Sie ist für das laufende Jahr insgesamt rückläufig, wobei weiterhin ein Preisdruck auf der Kernrate (Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel) liegt. Nominale Lohnsteigerungen verzögern dabei das Abflachen der Preise. Im Prognosezeitraum trägt die Kernkomponente Dienstleistungen wohl als größter Treiber zur Inflation bei, deren Anteil über den Prognosezeitraum durchschnittlich die Hälfte der Gesamtrate ausmachen dürfte. Der Anteil der weiteren Kernkomponente nichtenergetischer Güter an der Gesamtrate dürfte sich im laufenden Jahr abflachen und im kommenden Jahr auf diesem niedrigeren Niveau zur gesamten Preisentwicklung beitragen. Aufgrund der wohl rückläufigen Öl- und stabilen Gaspreise dürfte die Energiekomponente im Jahr 2024 negativ zur Inflationsdynamik beitragen und damit die Disinflation beschleunigen. Nachdem die Nahrungsmittelkomponente 2023 fast so stark wie die Dienstleistungskomponente zur Preisdynamik beigetragen hat, dürften sich die Beiträge der Nahrungsmittelpreise über den Prognosehorizont zurückbilden.

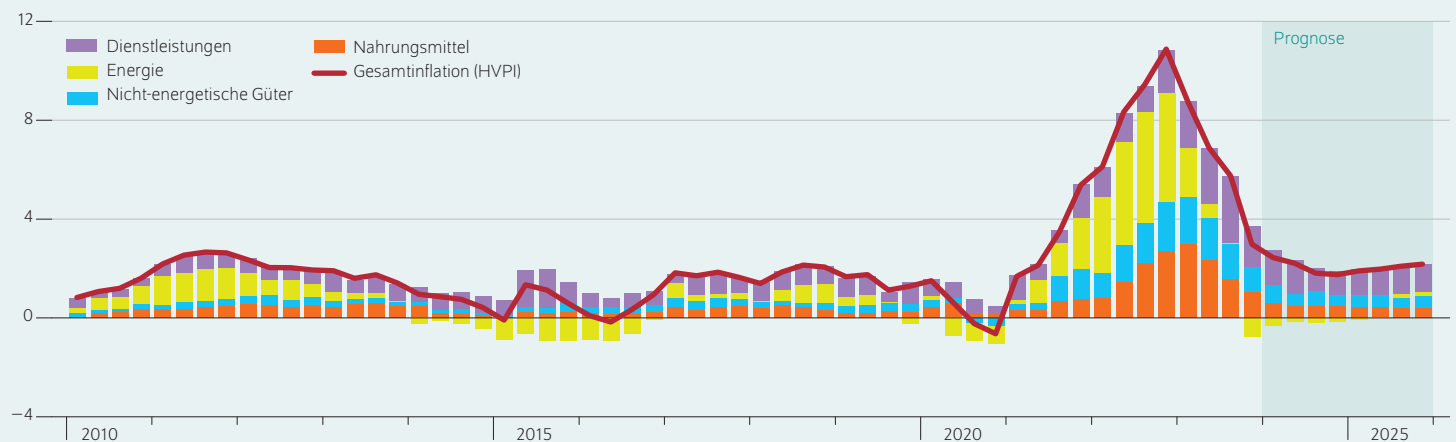
1 Philip R. Lane (2022): Inflation Diagnostics. ECB Blog vom 25. November (online verfügbar).

2 Vgl. Thomas McGregor und Frederik G. Toscani (2022): A Bottom-Up Reduced Form Phillips Curve for the Euro Area. IMF Working Paper Nr. 260 (online verfügbar).

Abbildung

Wachstumsbeiträge der Verbraucherpreiskomponenten

Inflation in Deutschland (gemessen am HVPI¹) in Prozent zum Vorjahr, quartalsweise



1 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quelle: Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.

Während die Energie- und Nahrungsmittelpreise zunehmend weniger zur Inflation beitragen, gewinnen die Dienstleistungen an Bedeutung.

Der private Konsum dürfte im weiteren Prognosezeitraum zunächst der Haupttreiber des konjunkturellen Aufschwungs sein (Tabelle 3). Hierzu wird wohl die anhaltend abflauende Preisdynamik zentral beitragen, die das Konsumentenvertrauen stärkt. Die Reallöhne werden voraussichtlich nachhaltig steigen und die Kaufkraftverluste der vergangenen Jahre über den Prognosehorizont nach und nach ausgleichen. Nachdem die Löhne im Jahr 2023 vielfach infolge einmaliger Inflationsausgleichsprämien stiegen, werden im laufenden Jahr wohl zunehmend tabellenwirksame Lohnsteigerungen wirksam. Dies dürfte die Einkommenssicherheit der Haushalte positiv beeinflussen und den Konsum ankurbeln. Sinkende Nominalzinsen dürften ebenfalls dazu führen, dass die Sparquote zurückgeht und sich die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte auch im Jahr 2025 deutlich erhöht.

Die sinkenden Finanzierungskosten dürften sich nur mit einiger Verzögerung im Wohnungsbau bemerkbar machen, sodass die Bauinvestitionen zunächst wohl noch weiter zurückgehen werden. Erst zum Jahresende 2024 ist mit einer Stabilisierung zu rechnen. Dann dürften auch die von ihren Rekordwerten der vergangenen Jahre leicht sinkenden Baupreise die Nachfrage etwas anschieben. Der Nichtwohnungsbau wird weiterhin wohl vor allem von Investitionen in den Tiefbau, allen voran in den Schienen- und Straßenbau, profitieren und einen noch stärkeren Einbruch der Bauinvestitionen verhindern. Auch im kommenden Jahr dürfte der Nichtwohnungsbau die Dynamik der Bauinvestitionen stützen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Prognoseverlauf maßgeblich durch öffentliche Rüstungsausgaben bestimmt und dürften das BIP-Wachstum insbesondere im kommenden Jahr deutlich stützen. In der zweiten Jahreshälfte und vor allem im kommenden Jahr dürften diese im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr massiv zulegen. Geringere Zuwächse der Anschaffungsausgaben sind derweil von Seiten der privatwirtschaftlichen Investoren zu erwarten. So ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen laut DIHK-Umfragen zuletzt wiederholt gesunken. Grund dafür dürften unter anderem Unsicherheiten bezüglich der langfristigen Rahmenbedingungen sein, beispielsweise in Bezug auf die Klima- und Transformationspolitik.

Mit der zunehmenden konjunkturellen Belebung bei wichtigen deutschen Handelspartnern werden die deutschen Exporte wohl ab der zweiten Jahreshälfte 2024 wieder zulegen. Die Importe dürften ebenfalls anziehen, gestützt von einer Erholung im Verarbeitenden Gewerbe und einer damit verbundenen stärkeren Nachfrage nach Vorleistungsgütern aus dem Ausland. Letztere wird auch im Jahr 2025 durch die Ausweitung der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen im Bereich Militär wohl deutlich stärker ausfallen und den Außenbeitrag dann leicht ins Negative drücken.

Von den finanzpolitischen Maßnahmen gehen im Jahr 2024 voraussichtlich keine deutlichen Impulse aus. Während die CO₂-Abgabe zum Jahresbeginn angehoben wurde, laufen die verringerten Verbrauchsteuern auf Erdgas und in der

Gastronomie aus und Energie- und Stromhilfen für die privaten Haushalte entfallen. Den größten expansiven Impuls werden im laufenden wie im kommenden Jahr wohl die merklich steigenden Militärausgaben setzen. Insgesamt dürften die Einnahmen in den Jahren 2024 und 2025 stärker steigen als die Ausgaben. Das Staatsdefizit wird wohl von 1,2 im laufenden auf 0,7 Prozent des BIP im kommenden Jahr zurückgehen. Die Staatschuldenquote nach Maastricht-Kriterium dürfte von 63,6 auf 62,6 Prozent des BIP sinken.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sich im Jahresverlauf – an die Investitionsdynamik angelehnt – wieder etwas erholen und im kommenden Jahr deutlicher zulegen. Mit der Belebung des privaten Konsums dürften auch die konsumnahen Dienstleistungen wie der Handel und das Gastgewerbe die Schwächephase des vergangenen Jahres hinter sich lassen. Die Bruttowertschöpfung insgesamt dürfte im Jahresverlauf ebenfalls anziehen, im Jahresdurchschnitt aber stagnieren. Im nächsten Jahr dürfte sie dann mit 1,2 Prozent kräftig expandieren.

Die Entwicklung auf der Entstehungsseite dürfte auch von einer Ausweitung des Arbeitsvolumens gestützt werden. Diese wird im laufenden Jahr von einem kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau getragen. Die Arbeitsstunden je Erwerbstätige*n dürften ebenfalls im Jahresverlauf zunehmen, wozu wohl vor allem eine Normalisierung des noch immer deutlich erhöhten Krankenstandes beitragen wird. Im Rahmen eines weiteren Anstiegs der Arbeitszeit zum Vor-Corona Trend ist auch im kommenden Jahr ein letztmaliger Zuwachs des Arbeitsvolumens zu erwarten. Begrenzend dürfte dann allerdings der Arbeits- und Fachkräftemangel wirken, der sich im Zuge des demografischen Wandels noch verstärkt. Parallel zur konjunkturellen Entwicklung wird die Arbeitslosigkeit zunächst wohl moderat ansteigen und sich dann ab der zweiten Jahreshälfte 2024 wieder rückläufig entwickeln, so dass die Arbeitslosenquote im Jahr 2024 noch 5,9 Prozent und dann im Jahr 2025 nur noch 5,5 Prozent betragen dürfte (Tabelle 4).

Es ist davon auszugehen, dass das Erwerbspersonenpotenzial trotz Zuwanderung und steigender Erwerbsquoten zum Ende der Kurzfristperiode sinken wird und somit limitierend auf das Produktionspotenzial einwirkt (Tabelle 5). In den Jahren 2024 und 2025 wird das Produktionspotenzial wohl noch mit einer Rate von 0,5 Prozent und 0,4 Prozent wachsen. Zum Ende des Jahrzehnts dürfte sich die Rate sukzessive auf 0,3 Prozent reduzieren. Die erwartete Output-Lücke weitet sich damit im laufenden Jahr zunächst weiter auf 1,5 Prozent aus, bevor sie sich im Jahr 2025 deutlich auf 0,7 Prozent verringert.

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt trotz der anziehenden Dynamik im Jahresverlauf in diesem Jahr insgesamt stagnieren und im Jahr 2025 kräftig um 1,2 Prozent zulegen.

Diese Prognose unterliegt mehreren Unsicherheitsfaktoren. So könnten die Inflationsraten im Euroraum wieder

steigen – sei es durch deutlichere Zuwächse der Nominallohne oder durch sich verstärkende geopolitische Spannungen, die die Rohstoff- und insbesondere Energiepreise wieder in die Höhe treiben. Beides könnte die erwartete Zinswende hinauszögern.

Ein erhöhtes Risiko besteht auch in der politischen Polarisierung. So könnten die Landtagswahlen in Deutschland in diesem Jahr rechtspopulistischen Kräften Aufwind geben und sowohl Fachkräfte aus dem Ausland als auch Investoren

abschrecken. Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA und der Wahl zum Europaparlament könnten zudem Kräfte gestärkt werden, die eine Abkehr von der regelbasierten internationalen Wirtschafts- und Sicherheitsordnung anstreben. Dies könnte den Welthandel deutlich ausbremsen. Auch die schwache Inlandsnachfrage in China könnte den Welthandel stärker als angenommen belasten, wenn die binnenwirtschaftlichen Probleme Chinas, wie die Spannungen im Immobiliensektor, zunehmen. Beide Faktoren könnten den deutschen Außenhandel beeinträchtigen.

Timm Bönke ist Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tboenke@diw.de

Guido Baldi ist Experte für die Weltwirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Hella Engerer ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | hengerer@diw.de

Pia Hüttl ist Leiterin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | phuettl@diw.de

Konstantin Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und Produktion und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Frederik Kurcz ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | fkurcz@diw.de

Violetta Kuzmova-Anand ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | vkuzmovaanand@diw.de

Theresa Neef ist Expertin für öffentliche Finanzen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tneef@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Werner Roeger ist Experte für die Potenzialschätzung und makroökonomische Modellierung und Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | wroeger@diw.de

Marie Rullière ist Expertin für den Euroraum und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | mrulliere@diw.de

Jan-Christopher Scherer ist Leiter der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ktrautmann@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 10+11/2024:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Timm Bönke, Co-Leiter des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin

„Der private Konsum wird die Wirtschaft ab dem zweiten Quartal wieder nach vorne bringen“

1. **Herr Bönke, geht es der deutschen Wirtschaft tatsächlich so schlecht, wie derzeit überall zu hören ist?** Der deutschen Wirtschaft geht es nicht gut. Das Problem ist struktureller Natur, aber zusätzlich ist die konjunkturelle Lage für die deutsche Wirtschaft schwer.
2. **Wo liegen die strukturellen Probleme?** Deutschland kämpft schon lange mit dem demografischen Wandel. Die Babyboomer gehen demnächst in Rente. Damit fehlen viele hochqualifizierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Dass die deutsche Wirtschaft nicht weiter wächst, liegt zum großen Teil daran, dass unser Erwerbspersonenpotenzial zu gering ist. Es fehlen uns also die Arbeitskräfte, um stärker zu wachsen.
3. **Inwieweit sind die wirtschaftlichen Probleme vielleicht auch das Resultat einer dem Anschein nach zerstrittenen Regierung?** Wir haben in Deutschland die Vision, dass wir eine sozial-ökologische Transformation voranbringen wollen. Dafür braucht es viele Investitionen und klare Vorgaben der Politik. Wir benötigen verlässliche wirtschaftspolitische Leitplanken, ob das nun Investitionszuschüsse sind oder Regulierungen. Wir haben im Moment das Problem, dass die Bundesregierung nicht mit einer Stimme spricht und sie sich auch mit den Landesregierungen auf keine Vision einigen kann. Das behindert Investitionen. Eine Investition wird man nur dann tätigen, wenn man an den Wirtschaftsstandort Deutschland glaubt.
4. **Das Preisniveau ist enorm gestiegen, wie reagieren die Verbraucher*innen darauf?** Die Verbraucher*innen reagieren verständlicherweise noch zurückhaltend. Wir haben in unseren vergangenen Prognosen immer geglaubt, dass der private Konsum stärker anziehen und wieder stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen würde. Das ist aus zwei Gründen nicht geschehen: Zum einen liegt es an der unsicheren Reallohnentwicklung. Wie viel kann ich mir leisten? Auf der anderen Seite mussten sich die Verbraucher*innen auf dem neuen Preisniveau erst einmal zurechtfinden. Auf

einmal waren einige Güter teurer, andere vielleicht weniger. Das heißt, der persönliche Warenkorb musste angepasst werden. Jetzt kommen wir langsam wieder in ruhigere Fahrwasser mit Inflationsraten um die 2,3 oder 2,5 Prozent und in eine Situation, in der wir durchatmen und schauen können, wo wir mit unserer Kaufkraft gelandet sind. Das schafft dann wieder Verbrauchervertrauen. Wir prognostizieren, dass der private Konsum insbesondere ab dem zweiten Quartal die Wirtschaft in Deutschland wieder nach vorne bringen wird.

5. **Wie schätzen Sie angesichts dieser Gesamtlage das Wachstum der deutschen Wirtschaft für die Zukunft ein?** Für das aktuelle Jahr 2024 gehen wir von einer roten Null aus. Das bedeutet, wir stagnieren und sind leicht negativ. Für das Jahr 2025 sieht es besser aus. Da gehen wir dann wieder von einer deutlichen Wachstumsrate von über einem Prozent aus.
6. **Wie werden sich Ihrer Meinung nach die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln?** Die Weltwirtschaft hat sich trotz zahlreicher globaler Krisen erstaunlich robust entwickelt. Probleme gibt es weiterhin, wie zum Beispiel die Wirtschaft in China. Aber wir haben auch Lichtblicke, wie eine robuste Wirtschaft in den USA, die uns immer wieder überraschen. Für Deutschland ist bedenklich, dass die industrielle Auslandsnachfrage eingebrochen ist. Im letzten und auch Anfang dieses Jahres hat Deutschland deswegen noch nicht zu seiner alten Exportstärke gefunden. Wir prognostizieren aber, dass der Außenhandel im Laufe des Jahres 2024 wieder anziehen wird.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2023

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 765,8	2 585,7	430,1	750,0	–
4	– Abschreibungen	848,1	471,7	111,0	265,4	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 917,8	2 114,0	319,1	484,6	–171,5
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 154,9	1 560,4	327,4	267,2	18,6
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,1	30,5	0,3	10,3	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	33,9	31,8	0,2	2,0	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	755,7	554,9	–8,4	209,2	–190,1
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 158,8	–	–	2 158,8	14,7
11	– Geleistete Subventionen	66,3	–	66,3	–	4,0
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	424,0	–	424,0	–	8,8
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	896,5	820,2	36,1	40,2	339,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 062,5	579,1	30,0	453,4	173,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 438,1	313,8	343,2	2 781,1	–336,5
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,8	126,3	–	389,6	14,5
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	529,7	–	529,7	–	0,6
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	859,8	–	–	859,8	4,9
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	860,0	149,5	709,6	0,9	4,7
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	741,1	78,8	661,4	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	732,7	–	–	732,7	9,0
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	440,7	248,9	91,5	100,3	85,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	382,8	220,4	31,1	131,3	143,5
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 386,0	229,8	860,7	2 295,5	–284,5
25	– Konsumausgaben	2 978,2	–	888,5	2 089,7	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,4	–	62,4	–
27	= Sparen	407,8	167,4	–27,8	268,2	–284,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	121,1	22,7	82,6	15,8	7,4
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	104,1	57,5	19,4	27,3	24,4
30	– Bruttoinvestitionen	971,4	564,2	108,0	299,1	–
31	+ Abschreibungen	848,1	471,7	111,0	265,4	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,4	–0,7	0,4	–19,1
33	= Finanzierungssaldo	248,4	90,2	–87,4	245,6	–248,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 386,0	229,8	860,7	2 295,5	–284,5
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	550,0	–	550,0	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	550,0	–	–	550,0	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 386,0	229,8	310,7	2 845,5	–284,5
38	– Konsum ³	2 978,2	–	338,5	2 639,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,4	–	62,4	–
40	= Sparen	407,8	167,4	–27,8	268,2	–284,5

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2024

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2024

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 871,5	2 654,8	453,0	763,7	–
4	– Abschreibungen	841,4	465,0	118,6	257,8	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 030,1	2 189,9	334,4	505,9	–197,6
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 260,5	1 627,5	342,6	290,4	20,5
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,1	30,4	0,3	10,4	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	27,1	25,7	0,2	1,2	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	755,6	557,7	–8,3	206,2	–218,1
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 264,3	–	–	2 264,3	15,6
11	– Geleistete Subventionen	30,6	–	30,6	–	4,7
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	440,8	–	440,8	–	6,8
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	836,5	757,6	39,2	39,7	359,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 016,1	537,0	32,1	447,0	174,2
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 609,9	337,1	394,9	2 877,9	–385,4
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	533,2	133,1	–	400,2	14,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	548,0	–	548,0	–	0,6
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	911,1	–	–	911,1	5,2
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	911,1	152,6	757,6	0,9	5,1
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	778,5	82,2	695,4	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	770,4	–	–	770,4	9,2
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	448,7	248,9	97,0	102,8	87,3
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	388,8	220,4	33,3	135,0	143,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 556,7	245,9	941,5	2 369,3	–335,0
25	– Konsumausgaben	3 088,2	–	930,2	2 158,1	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
27	= Sparen	468,5	184,1	11,3	273,1	–335,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	138,3	23,3	87,8	27,2	7,0
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	106,3	61,2	20,2	24,9	24,8
30	– Bruttoinvestitionen	960,7	562,5	114,3	283,9	–
31	+ Abschreibungen	841,4	465,0	118,6	257,8	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,3	14,8	–0,7	0,2	–14,3
33	= Finanzierungssaldo	302,9	109,7	–51,4	244,6	–302,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 556,7	245,9	941,5	2 369,3	–335,0
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	575,9	–	575,9	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	575,9	–	–	575,9	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 556,7	245,9	365,6	2 945,2	–335,0
38	– Konsum ³	3 088,2	–	354,3	2 733,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,8	–	61,8	–
40	= Sparen	468,5	184,1	11,3	273,1	–335,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2024

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2025

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 985,9	2 730,9	469,5	785,6	–
4	– Abschreibungen	838,7	459,7	124,1	254,9	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 147,2	2 271,2	345,4	530,7	–190,3
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 341,4	1 677,9	353,1	310,4	22,1
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,8	32,9	0,3	10,6	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,6	25,3	0,2	1,1	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	788,7	585,6	–7,8	210,9	–212,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 345,2	–	–	2 345,2	16,6
11	– Geleistete Subventionen	30,3	–	30,3	–	4,7
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	454,4	–	454,4	–	7,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	855,5	773,8	41,1	40,6	372,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 030,0	539,4	33,5	457,1	177,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 732,5	351,3	408,7	2 972,6	–388,3
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	556,5	136,4	–	420,1	14,9
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,3	–	571,3	–	0,6
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	963,0	–	–	963,0	5,5
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	963,1	155,2	807,0	0,9	5,4
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	800,7	84,6	715,2	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	792,3	–	–	792,3	9,7
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	453,8	248,9	102,0	102,9	89,1
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	405,2	222,6	34,9	147,6	143,5
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 690,5	259,3	1 004,7	2 426,5	–339,3
25	– Konsumausgaben	3 183,1	–	965,4	2 217,8	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
27	= Sparen	507,3	198,1	39,3	269,9	–339,3
28	– Geleistete Vermögenstransfers	145,9	27,2	89,0	29,7	6,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	108,1	63,3	20,8	24,0	25,1
30	– Bruttoinvestitionen	987,5	577,8	125,5	284,2	–
31	+ Abschreibungen	838,7	459,7	124,1	254,9	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,3	14,8	–0,7	0,2	–14,3
33	= Finanzierungssaldo	306,4	101,3	–29,7	234,8	–306,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 690,5	259,3	1 004,7	2 426,5	–339,3
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	597,7	–	597,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	597,7	–	–	597,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 690,5	259,3	407,0	3 024,2	–339,3
38	– Konsum ³	3 183,1	–	367,7	2 815,5	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
40	= Sparen	507,3	198,1	39,3	269,9	–339,3

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2024

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,7	0,3	0,1	0,9	0,6	0,3	0,3	0,2	0,0
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	0,1	1,4	0,0	1,0	-0,3	0,6	2,6	0,2
Arbeitstage	-0,8	-0,2	-0,3	0,0	-1,6	-0,5	0,0	-1,1	0,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,4	0,1	1,2	0,9	-0,1	-0,5	0,8	1,6	0,7
Produktivität¹	-0,7	-0,2	0,0	-0,9	-0,5	0,1	-0,4	-0,7	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,0	1,2	0,0	-0,6	-0,5	0,4	0,9	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 978,2	3 088,2	3 183,1	1 449,0	1 529,3	1 507,6	1 580,6	1 554,7	1 628,4
Private Haushalte²	2 089,7	2 158,1	2 217,8	1 021,8	1 067,9	1 056,3	1 101,7	1 084,9	1 132,9
Staat	888,5	930,2	965,4	427,2	461,3	451,3	478,9	469,9	495,5
Anlageinvestitionen	904,2	889,1	915,9	442,9	461,3	433,1	456,0	440,1	475,8
Ausrüstungen	275,5	276,6	293,7	132,6	142,9	131,8	144,9	138,1	155,6
Bauten	486,8	469,7	475,0	243,2	243,6	234,1	235,6	233,1	241,9
Sonstige Anlageinvestitionen	141,9	142,7	147,2	67,1	74,8	67,2	75,5	68,9	78,4
Vorratsveränderung³	67,2	71,6	71,7	38,1	29,1	42,0	29,6	37,6	34,1
Inländische Verwendung	3 949,6	4 048,9	4 170,7	1 930,0	2 019,7	1 982,7	2 066,2	2 032,3	2 138,4
Außenbeitrag	171,5	197,6	190,3	89,4	82,1	109,6	88,0	106,4	83,8
Exporte	1 942,5	1 932,9	2 006,7	980,0	962,5	955,4	977,6	985,5	1 021,2
Importe	1 771,0	1 735,3	1 816,4	890,6	880,4	845,8	889,5	879,0	937,4
Bruttoinlandsprodukt	4 121,2	4 246,5	4 361,0	2 019,4	2 101,8	2 092,3	2 154,2	2 138,8	2 222,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	5,2	3,7	3,1	5,9	4,6	4,0	3,4	3,1	3,0
Private Haushalte²	5,6	3,3	2,8	7,2	4,1	3,4	3,2	2,7	2,8
Staat	4,4	4,7	3,8	3,0	5,8	5,6	3,8	4,1	3,5
Anlageinvestitionen	5,6	-1,7	3,0	8,2	3,2	-2,2	-1,2	1,6	4,3
Ausrüstungen	8,7	0,4	6,1	13,1	4,9	-0,6	1,4	4,8	7,4
Bauten	5,0	-3,5	1,1	7,5	2,6	-3,7	-3,3	-0,4	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	0,6	3,2	1,7	2,0	0,2	0,9	2,5	3,8
Inländische Verwendung	3,9	2,5	3,0	5,1	2,8	2,7	2,3	2,5	3,5
Exporte	-1,6	-0,5	3,8	2,2	-5,2	-2,5	1,6	3,2	4,5
Importe	-6,7	-2,0	4,7	-1,2	-11,7	-5,0	1,0	3,9	5,4
Bruttoinlandsprodukt	6,3	3,0	2,7	6,6	6,0	3,6	2,5	2,2	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 394,4	2 413,9	2 441,5	1 181,0	1 213,3	1 189,2	1 224,6	1 202,1	1 239,3
Private Haushalte²	1 692,7	1 706,1	1 722,4	834,6	858,1	838,9	867,2	846,3	876,1
Staat	700,5	706,7	717,9	345,9	354,7	349,8	356,9	355,2	362,7
Anlageinvestitionen	657,4	645,2	660,3	322,6	334,8	313,4	331,8	317,9	342,4
Ausrüstungen	229,2	225,2	234,7	110,5	118,7	107,4	117,8	110,4	124,3
Bauten	306,2	297,8	302,0	153,5	152,7	147,3	150,5	148,5	153,6
Sonstige Anlageinvestitionen	123,9	125,1	127,3	58,6	65,4	59,2	66,0	59,8	67,5
Inländische Verwendung	3 099,7	3 098,8	3 141,2	1 533,6	1 566,2	1 524,8	1 574,0	1 540,9	1 600,3
Exporte	1 605,2	1 560,0	1 593,3	810,3	795,0	775,9	784,1	786,0	807,3
Importe	1 447,2	1 402,7	1 440,1	723,1	724,1	688,3	714,5	700,0	740,1
Bruttoinlandsprodukt	3 264,9	3 263,8	3 302,6	1 624,0	1 640,9	1 615,9	1 647,9	1 630,4	1 672,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-1,0	0,8	1,1	-1,1	-0,9	0,7	0,9	1,1	1,2
Private Haushalte²	-0,7	0,8	1,0	-0,3	-1,1	0,5	1,1	0,9	1,0
Staat	-1,5	0,9	1,6	-2,7	-0,3	1,1	0,6	1,5	1,6
Anlageinvestitionen	-0,6	-1,9	2,3	-0,1	-1,2	-2,9	-0,9	1,4	3,2
Ausrüstungen	3,0	-1,8	4,2	5,8	0,5	-2,8	-0,8	2,8	5,5
Bauten	-2,7	-2,7	1,4	-3,2	-2,2	-4,0	-1,4	0,8	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	1,0	1,7	-0,8	-0,4	1,0	0,9	1,1	2,3
Inländische Verwendung	-0,9	0,0	1,4	-0,3	-1,4	-0,6	0,5	1,1	1,7
Exporte	-2,2	-2,8	2,1	-0,4	-3,8	-4,2	-1,4	1,3	3,0
Importe	-3,4	-3,1	2,7	-0,9	-5,7	-4,8	-1,3	1,7	3,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,0	1,2	0,0	-0,6	-0,5	0,4	0,9	1,5

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	6,3	2,5	1,8	7,6	5,2	2,9	2,1	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	6,0	3,8	2,2	5,8	6,1	4,5	3,2	2,5	1,8
Anlageinvestitionen	6,3	0,2	0,7	8,3	4,5	0,7	−0,3	0,2	1,1
Ausrüstungen	5,6	2,2	1,8	6,9	4,4	2,3	2,2	1,9	1,8
Bauten	7,9	−0,8	−0,3	11,0	4,9	0,3	−1,9	−1,2	0,6
Exporte	0,6	2,4	1,6	2,6	−1,4	1,8	3,0	1,8	1,5
Importe	−3,4	1,1	2,0	−0,3	−6,3	−0,2	2,4	2,2	1,7
Bruttoinlandsprodukt	6,6	3,1	1,5	6,7	6,6	4,1	2,1	1,3	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 781,1	2 877,9	2 972,6	1 382,7	1 398,4	1 431,3	1 446,6	1 463,4	1 509,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	379,9	397,9	415,9	185,6	194,3	194,0	203,9	202,4	213,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 778,9	1 866,4	1 929,3	866,0	912,9	907,3	959,1	924,2	1 005,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	622,3	613,6	627,3	331,2	291,2	330,0	283,5	336,9	290,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	657,0	732,0	760,0	304,5	352,5	354,9	377,1	360,3	399,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 438,1	3 609,9	3 732,5	1 664,7	1 773,4	1 769,7	1 840,2	1 823,7	1 908,8
Abschreibungen	848,1	841,4	838,7	422,0	426,0	423,5	417,9	418,2	420,5
Bruttonationaleinkommen	4 286,2	4 451,3	4 571,2	2 086,7	2 199,4	2 193,2	2 258,1	2 241,9	2 329,3
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 080,4	3 197,8	3 306,1	1 493,8	1 586,6	1 561,2	1 636,6	1 608,6	1 697,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	921,7	933,4	960,9	464,7	457,0	476,4	457,1	482,0	478,9
Arbeitnehmerentgelt	2 158,7	2 264,3	2 345,2	1 029,2	1 129,6	1 084,8	1 179,5	1 126,5	1 218,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	5,5	3,5	3,3	7,3	3,8	3,5	3,4	3,4	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	4,7	4,5	6,3	3,8	4,5	4,9	5,1	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	7,0	4,9	3,4	9,8	4,5	4,8	5,1	3,6	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	−1,4	2,2	1,5	1,5	−0,3	−2,6	2,1	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	11,4	3,8	8,6	9,5	16,5	7,0	1,5	6,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,2	5,0	3,4	6,1	6,2	6,3	3,8	3,1	3,7
Abschreibungen	7,5	−0,8	−0,3	9,3	5,8	0,3	−1,9	−1,2	0,6
Bruttonationaleinkommen	6,4	3,9	2,7	6,7	6,2	5,1	2,7	2,2	3,2
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,6	3,8	3,4	7,4	5,7	4,5	3,2	3,0	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	1,3	2,9	8,8	3,8	2,5	0,0	1,2	4,8
Arbeitnehmerentgelt	6,7	4,9	3,6	6,8	6,5	5,4	4,4	3,8	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 795,6	1 878,5	1 925,7	858,8	936,8	903,4	975,0	925,0	1 000,7
Nettolöhne- und -gehälter	1 219,3	1 273,3	1 303,5	573,3	645,9	603,0	670,4	616,9	686,6
Monetäre Sozialleistungen	732,7	770,4	792,3	361,7	371,0	382,2	388,2	392,3	400,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	156,4	165,3	170,2	76,2	80,1	81,7	83,5	84,2	86,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	622,3	613,6	627,3	331,2	291,2	330,0	283,5	336,9	290,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	−122,4	−122,7	−126,5	−56,0	−66,4	−59,3	−63,4	−61,1	−65,4
Verfügbares Einkommen	2 295,5	2 369,3	2 426,5	1 134,0	1 161,5	1 174,2	1 195,2	1 200,8	1 225,7
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,4	61,8	61,2	30,2	32,2	29,9	31,9	29,6	31,5
Konsumausgaben	2 089,7	2 158,1	2 217,8	1 021,8	1 067,9	1 056,3	1 101,7	1 084,9	1 132,9
Sparen	268,2	273,1	269,9	142,4	125,8	147,8	125,3	145,5	124,3
Sparquote in Prozent ⁷	11,4	11,2	10,8	12,2	10,5	12,3	10,2	11,8	9,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	8,1	4,6	2,5	8,6	7,7	5,2	4,1	2,4	2,6
Nettolöhne- und -gehälter	9,0	4,4	2,4	9,4	8,6	5,2	3,8	2,3	2,4
Monetäre Sozialleistungen	6,4	5,1	2,8	6,8	6,0	5,7	4,6	2,6	3,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	6,5	5,7	3,0	5,9	7,1	7,2	4,2	3,0	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	−1,4	2,2	1,5	1,5	−0,3	−2,6	2,1	2,4
Verfügbares Einkommen	6,1	3,2	2,4	7,4	4,8	3,5	2,9	2,3	2,6
Konsumausgaben	5,6	3,3	2,8	7,2	4,1	3,4	3,2	2,7	2,8
Sparen	8,1	1,8	−1,2	6,7	9,6	3,8	−0,4	−1,5	−0,8

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	953,7	988,9	1025,7	465,6	488,2	490,7	498,1	508,7	517,0
direkte Steuern	529,7	548,0	571,3	259,0	270,7	270,0	278,1	282,9	288,5
indirekte Steuern	424,0	440,8	454,4	206,6	217,4	220,8	220,1	225,9	228,5
Nettosozialbeiträge	709,6	757,6	807,0	341,9	367,7	364,3	393,3	388,1	418,9
Vermögenseinkommen	30,0	32,1	33,5	15,3	14,8	16,4	15,7	17,3	16,2
Laufende Übertragungen	31,1	33,3	34,9	13,7	17,4	14,8	18,5	15,5	19,4
Vermögenstransfers	19,4	20,2	20,8	8,8	10,6	9,2	11,0	9,5	11,3
Verkäufe	157,8	167,6	173,3	72,4	85,4	77,8	89,8	80,6	92,7
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1901,8	1999,8	2095,4	917,8	984,0	973,3	1026,5	1019,8	1075,6
Ausgaben									
Vorleistungen	256,5	272,0	282,4	115,7	140,8	125,6	146,4	132,4	150,0
Arbeitnehmerentgelte	327,4	342,6	353,1	155,2	172,2	164,3	178,3	169,7	183,4
Soziale Sachleistungen	359,8	372,8	386,8	177,9	181,9	184,2	188,6	190,4	196,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,1	39,2	41,1	16,7	19,4	18,9	20,3	19,8	21,3
Subventionen	66,3	30,6	30,3	35,7	30,6	15,5	15,0	14,3	16,0
Monetäre Sozialleistungen	661,4	695,4	715,2	326,2	335,2	344,9	350,5	354,1	361,1
Sonstige laufende Transfers	91,5	97,0	102,0	44,3	47,3	47,0	50,0	49,6	52,4
Bruttoinvestitionen	108,0	114,3	125,5	45,9	62,1	47,8	66,5	52,0	73,5
Vermögenstransfers	82,6	87,8	89,0	32,1	50,5	35,7	52,2	36,2	52,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−0,7	−0,7	−0,7	−0,2	−0,5	−0,2	−0,5	−0,2	−0,5
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1989,2	2051,2	2125,1	949,6	1039,6	983,8	1067,4	1018,4	1106,7
Finanzierungssaldo	−87,4	−51,4	−29,7	−31,8	−55,6	−10,4	−41,0	1,4	−31,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	0,7	3,7	3,7	−0,4	1,9	5,4	2,0	3,7	3,8
direkte Steuern	0,2	3,4	4,3	−0,3	0,6	4,2	2,7	4,8	3,8
indirekte Steuern	1,5	4,0	3,1	−0,6	3,5	6,9	1,2	2,3	3,9
Nettosozialbeiträge	6,4	6,8	6,5	6,3	6,5	6,5	7,0	6,5	6,5
Vermögenseinkommen	70,4	6,9	4,3	67,1	73,9	7,6	6,2	5,5	3,1
Laufende Übertragungen	11,0	7,0	4,9	13,6	9,0	7,8	6,4	4,8	4,9
Vermögenstransfers	2,9	4,0	3,1	−1,8	7,2	4,5	3,7	3,4	2,9
Verkäufe	10,2	6,2	3,4	8,4	11,7	7,4	5,2	3,6	3,2
Sonstige Subventionen	−7,9	1,1	0,0	−2,4	−12,1	10,0	−6,4	0,0	0,0
Insgesamt	4,4	5,2	4,8	3,6	5,2	6,1	4,3	4,8	4,8
Ausgaben									
Vorleistungen	7,6	6,1	3,8	5,3	9,5	8,6	4,0	5,4	2,5
Arbeitnehmerentgelte	6,3	4,6	3,1	4,3	8,2	5,9	3,5	3,3	2,9
Soziale Sachleistungen	1,4	3,6	3,7	0,2	2,5	3,6	3,7	3,3	4,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,2	8,5	5,0	32,5	39,6	12,7	5,0	5,0	5,0
Subventionen	−5,2	−53,9	−0,8	25,0	−26,1	−56,5	−50,9	−8,1	6,7
Monetäre Sozialleistungen	6,8	5,1	2,9	7,3	6,4	5,7	4,6	2,7	3,0
Sonstige laufende Transfers ⁹	−17,8	6,0	5,2	1,3	−30,2	6,2	5,8	5,5	4,8
Bruttoinvestitionen	7,1	5,8	9,8	7,6	6,7	4,0	7,1	8,8	10,6
Vermögenstransfers ⁹	−8,0	6,3	1,4	37,0	−23,9	11,2	3,3	1,4	1,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	−33,4	0,0	0,0	−63,3	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	2,1	−8,0	0,0	−0,7	4,8	−3,6	−11,8	0,0	0,0
Insgesamt	3,7	3,1	3,6	6,6	1,2	3,6	2,7	3,5	3,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024.



MARCEL FRATZSCHER

Die EZB sollte die Kehrtwende vollziehen

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Schwächephase der deutschen Wirtschaft hält an. Die größte Bremse – neben der Finanzpolitik – ist die Geldpolitik. Die hohen Zinsen bremsen vor allem die Investitionen und gefährden den Erfolg der Transformation. Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Zentralbank (EZB) eine Kehrtwende vollzieht.

Die größte wirtschaftspolitische Herausforderung ist strukturell: Unternehmen müssen dringend mehr Investitionen tätigen, um mittelfristig neue Technologien zu adaptieren, sich zu digitalisieren und innovativer zu werden. Denn Investitionen benötigen häufig viele Jahre, bis sie umgesetzt sind und wirken. Und hierfür ist neben Strukturreformen und einer expansiveren Finanzpolitik eine weniger restriktive Geldpolitik notwendig. Nun lässt sich zu Recht einwenden, dass die primäre Aufgabe der EZB nicht die Unterstützung von Wachstum oder Investitionen ist, sondern die Preisstabilität. Aber die EZB läuft Gefahr, ihren Fehler von vor zwei Jahren zu wiederholen und zu spät zu handeln, denn Geldpolitik entfaltet ihre volle Wirkung erst nach anderthalb bis zwei Jahren.

Eine zweite Gefahr ist die Überschätzung der Rolle der Nachfrage. Der allergrößte Teil der hohen Inflation seit 2022 ist externen Effekten auf der Angebotsseite geschuldet – primär ausgelöst durch die hohen Energiekosten im Zuge des Ukrainekriegs. Eine Zentralbank kann mit ihrer Geldpolitik weder viel gegen solche externen Faktoren ausrichten, noch sollte sie es, da relative Preise sich anpassen müssen. Die von der EZB immer wieder betonte Sorge wegen sogenannter Zweitrundeneffekte – vor allem, dass die Inflation zu höheren Löhnen und einer stärkeren Nachfrage führt – hat sich bisher nicht bewahrheitet. Es ist richtig, dass Löhne steigen und auch die Lohnstückkosten zulegen. Aber dies sind notwendige temporäre Aufholeffekte.

Zudem war die Stimmung bei Unternehmen und Konsumenten – und damit die Gefahr eines unerwarteten Nachfrageschubs – selten schlechter als heute. Daher ist es zwar verständlich, dass die EZB gerne mehr harte Zahlen sehen möchte.

Nur selbst Zahlen mit deutlichen Lohnerhöhungen würden wenig daran ändern, dass baldige Zinssenkungen notwendig und angemessen sind.

Als Drittes ist es sicherlich verständlich, dass die Mitglieder des EZB-Zentralbankrats ihre Glaubwürdigkeit schützen und verhindern wollen, dass die Inflation noch länger zu hoch bleibt. Diese Glaubwürdigkeit nimmt jedoch auch dann Schaden, wenn die Inflation wieder zu gering ausfällt – so wie in den Jahren 2014 bis 2020. Die EZB sollte sich weder von den „Falken“ noch von den „Tauben“ dominieren lassen, sondern zu einer vollen Symmetrie ihrer Geldpolitik zurückfinden – also einer zu hohen Inflation die gleiche Bedeutung beimessen wie einer zu geringen Inflation.

Eine Zentralbank muss immer unabhängig von den Forderungen der Finanzmärkte agieren. Aber sie sollte weise und offen genug sein, den Signalen und Informationen aus der Wirtschaft Gehör zu schenken, und diese sagen heute sehr deutlich: Es wäre für die EZB angemessen, nun mit Zinssenkungen zu beginnen und recht flott den neutralen Leitzins von zwei bis zweieinhalb Prozent zu erreichen. Es gibt auch keinen Grund, auf eine erste Zinssenkung der US-Notenbank zu warten, denn die US-Wirtschaft befindet sich in einer sehr viel stärkeren Position als die europäische.

Meiner Lesart der Daten und Fakten nach ist die Wahrscheinlichkeit heute höher, dass die Inflation über die nächsten drei bis fünf Jahre zu gering sein wird, als dass die Inflation zu hoch bleiben wird. Dies würde nicht nur die Glaubwürdigkeit der EZB erodieren, sondern könnte auch der Wirtschaft einen empfindlichen Schaden zufügen. Denn weniger Investitionen und ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bedeuten ein dauerhaft geringeres Potenzialwachstum, eine langsamere ökologische und digitale Transformation und damit weniger Wohlstand und gute Jobs langfristig – was es der EZB erschweren würde, stabile Preise zu gewährleisten.

Dieser Beitrag erschien in ungekürzter Version am 1. März im Handelsblatt.